

---

FDP Waldeck-Frankenberg

## **CORONA-SOFORTHILFE: KRITIK AN RÜCKFORDERUNG**

09.09.2025

---

# **Corona-Soforthilfe: Kritik an Rü**

**FDP-Kreisvorsitzender Jochen Rube: Brauchen unbürokratische Rückforderungen**

**Waldeck-Frankenberg** – Die Rückforderungen der Corona-Soforthilfen brächten zahlreiche Betriebe in Waldeck-Frankenberg in massive Schwierigkeiten. Während andere Bundesländer wie Bayern oder Sachsen kulante Lösungen mit Erlassmöglichkeiten oder Moratorien geschaffen hätten, setze Hessen auf ein starres und bürokratisches Rückmeldeverfahren. Bereits mehr als 1700 Rückforderungsbescheide seien landesweit verschickt worden – auch viele Unternehmen im Landkreis Waldeck-Fran-

kenberg seien betroffen, schreibt die FDP Waldeck-Frankenberg in einer Pressemitteilung.

„Die Rückforderungswelle trifft bei uns vor allem kleine Gastronomie- und Handwerksbetriebe sowie weitere kleine und mittelständische Unternehmen. Sie haben die Hilfen damals ordnungsgemäß für Miete, Energiekosten und laufende Ausgaben eingesetzt. Jetzt müssen sie innerhalb von nur 14 Tagen in der Sommerpause reagieren – eine völlig praxisferne Fristsetzung“, kriti-

siert Jochen Rube, Kreisvorsitzender der FDP Waldeck-Frankenberg.

„Statt die Wirtschaft zu entlasten, wird zusätzliche Bürokratie geschaffen. Andere Länder zeigen, dass es auch anders geht.“ Auch die FDP-Kreistagsabgeordnete Friederike Becker warnt vor den Folgen für die regionale Wirtschaft: „In Gesprächen mit betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern wird deutlich: Es geht nicht um Missbrauchsfälle, sondern um die ehrlichen Betriebe, die in der Pandemie um

ihre Existenz kämpfen. Gerade kleine und mittlere Betriebe oder Handwerker haben nun Rückforderungen zu erfüllen. Das ist nicht fair, sondern gefährdet die Existenz ihrer Betriebe.“

Die FDP fordert von der Landesregierung deshalb eine unbürokratische Rückforderung. „Wir brauchen Lösungen, die die Unternehmen in den Landkreisen Waldeck-Frankenberg und Kassel unterstützen, ohne die Wirtschaft zu belasten. Das ist möglich, wenn wir gemeinsam mit den anderen Parteien einen Konsens finden“, so Friederike Becker.